

**Vizepräsident in Claudia Roth**

- (A) darf man aufrufen hier im Parlament? Oder ist das unparlamentarisch?)

**Karsten Möring** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man dem klugen, etwas zynischen Satz von Winston Churchill folgt, man solle keine gute Krise verpassen, um sie zu nutzen, dann muss man das allerdings viel intelligenter machen, als Die Linke das versucht und die Grünen zum Teil auch.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Was machen Sie denn?)

Es hilft nämlich gar nichts, wenn man Anträge, die man schon jahrelang stellt, nur noch mit dem Thema Corona verziert und meint, jetzt hätte man einen Grund, das durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Genau so! Mogelpackung! – Mechthild Rawert [SPD]: Kein Grund, es abzulehnen!)

Es ist in Wirklichkeit so, dass wir in Deutschland die besten und weitgehendsten Kündigungsschutzregelungen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Zu Recht!)

Die funktionieren, und das ist auch gut so. Aber dann soll man es auch nicht übertreiben.

- (B) Die Verbesserungen und die Einschränkungen, die wir am Anfang der Coronazeit vorgenommen haben, haben sich bewährt. Sie haben sich aber auch überlebt, weil nämlich die Notwendigkeit, sie in Anspruch zu nehmen, ganz offensichtlich minimal ist. Das rechtfertigt nicht, solche Regelungen zu verstetigen.

Und noch eines: Wenn wir in zwei Monaten, in drei Monaten, in einem halben Jahr tatsächlich in einer Wiederholungssituation wären, dann wären wir die Letzten, die diese Möglichkeit nicht noch einmal neu auflegen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Ein Mann, ein Wort!)

Wenn es notwendig ist, tun wir das. Zurzeit ist es nicht notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Mechthild Rawert [SPD]: Dann wollen wir gucken, wer sich durchsetzt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Thematik am 13. Mai, glaube ich, zum ersten Mal in der ersten Lesung behandelt. Ich habe damals zum Antrag der Grünen gesagt: Das, was Sie vorschlagen, komme zu spät – wir hatten längst gehandelt –, und es sei auch zu kompliziert mit der Regelung über die KfW. – Wir haben im Ausschuss beraten. Da gab es keine neuen Argumente. Deswegen kann ich mich darauf beschränken, zu sagen: Es bleibt, wie es ist. Wir werden der Empfehlung des Ausschusses folgen und diese Regelung auch jetzt wieder ablehnen.

(C) Ich möchte nur eines ergänzen. Die FDP hat neulich die Regierung gefragt, und die Regierung konnte die Frage nicht beantworten: Wie sieht es mit dem Instrument Wohngeld in dieser Situation aus? – Ich habe mich gestern mal in Köln schlaugemacht. Das ist nicht repräsentativ, es ist auch nicht das maximal Mögliche, was im Land denkbar ist. Die Stadt Köln bewältigt durch freiwillige Mehrarbeit die Anträge auf Wohngeld, weil die Zahl insgesamt überschaubar und beherrschbar ist.

Diejenigen mit einer Einkommensminderung haben Anspruch auf Wohngeld – ohne Vermögensprüfung, ohne Rücksicht auf die Wohnungsgröße. Das sind die sonst geltenden Einschränkungen, die haben wir weggenommen, um flexibler reagieren zu können, und das funktioniert auch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist das Instrument, das am schnellsten und besten wirkt.

Wenn Sie mit dem Argument kämen: „Was ist denn mit denen, die überhaupt kein Einkommen mehr haben?“, dann könnte ich nur sagen: Für die gilt auch nicht die Regelung zum Wohngeld – das ist ja nur eine Minderung der Belastung –, sondern für die gelten zum Beispiel die Regelungen im SGB II mit der Zuständigkeit des Jobcenters.

(D) Von daher: Wir haben das Instrumentarium; es funktioniert. Mieter und Vermieter haben ein ordentliches Verhältnis zueinander, in dem sie auch diese Probleme lösen. Wenn jetzt jemand kommt und mir sagt: „Ich kenne aber einen, da ist es ganz übel gelaufen“, dann würde ich den Vermieter anrufen und sagen: Willst du den ganzen Vermieterstand in Verruf bringen? – Ich würde auch sagen: Ich finde 50 Vermieter, die sich mit ihren Mietern, die in Schwierigkeiten gekommen sind, einigen – ohne Rückgriff auf staatliche Möglichkeiten.

(Zuruf des Abg. Pascal Meiser [DIE LINKE])

Frau Präsidentin, ich ende pünktlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

**Vizepräsident in Claudia Roth:**

Sehr gut. Guter Mann, Karsten Möring. Herzlichen Dank. Auf die Sekunde. Ich danke Ihnen sehr.

Nächste Rednerin – wieder zurück im Bundestag –: Mechthild Rawert für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Super!)

**Mechthild Rawert** (SPD):

Werte Präsidentin! Werte Kolleginnen! Liebe Zuschauende! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die dreimonatige Verlängerung des – leider, leider – ausgelaufenen Kündigungsmoratoriums für Mietzahlungen, Verbraucherdarlehen sowie Energie-, Wasser- und Telefonabrechnungen. Unsere Ministerin Lambrecht steht Ihnen jederzeit für neue Verhandlungen darüber zur Verfügung.

**Mechthild Rawert**

(A) (Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Wir wollen dies für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wegen der ökonomischen Vernunft und aus Solidarität mit den sozial Schwächeren.

Wir als verantwortliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier mahnen vollkommen zu Recht: Die Coronapandemie ist noch nicht vorbei!

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: So ist es!  
Zweite Welle, sage ich nur!)

Mir ist es darum völlig schleierhaft, warum Sie, werte Kollegen und Kolleginnen von der Union, gerade für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen die Pandemie samt ihrer sozialen Auswirkungen für beendet erklärt haben.

(Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Wer macht das denn? Was haben wir denn gerade in dieser Woche beschlossen? Dieses Paket: 217 Milliarden haben wir beschlossen!)

Fakt ist: Aufgrund Ihres Widerstandes sind seit gestern Mieterinnen und Mieter sowie Gewerbetreibende, die coronabedingt unverschuldet Einkommenseinbußen erleiden, wieder dem Kündigungsrisiko ausgesetzt. Ich finde das dramatisch, und ich finde es auch unsozial.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: So ist es!)

Es geht hier doch nicht um ein Gnadenbrot. Vermietern geht die Miete auch nicht verloren; sie wird nur gestundet bis 2022.

(B)

Deswegen gehen wir als SPD geschlossen konform mit der Forderung von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, vom Mieterbund, von Gewerkschaften, aber auch vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, DEHOGA, nach einer dreimonatigen Verlängerung des Kündigungsmoratoriums.

Da wir beide ja aus dem wunderbaren Kreis Tempelhof-Schöneberg kommen, Herr Luczak,

(Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Der eine hat direkt gewonnen und die andere nicht!)

lese ich mir natürlich Ihre Post besonders gründlich durch. Sie haben gesagt: Die SPD trägt auf dem Rücken der privaten Vermieter ein längst entschiedenes ideologisches Gefecht aus. – Ärgert mich der Satz? Nein, nicht die Bohne.

(Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Ich habe das gesagt?)

– Ja.

(Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Wo denn?)

– Ich zeige es Ihnen. – Ein solcher Satz sagt ja mehr über den Sender selbst aus. Ihre Unionspolitik für die Mitte ist nämlich eine Politik für den Eigentümerverband Haus & Grund und den Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW. Mit einer Politik der echten Mitte, nämlich der hart arbeitenden Menschen mit ihren Sorgen und Problemen,

(Martin Reichardt [AfD]: Die kennt doch die SPD gar nicht mehr, diese Menschen!)

(C)

hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall des Abg. Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Deshalb habe ich den Wahlkreis dreimal direkt gegen Sie gewonnen!)

Geben Sie Ihre Widerstände auf! Lassen Sie uns erneut verhandeln! Denn Sie haben recht: Wir wollen die Wirtschaft, vor allen Dingen aber die Gesellschaft ans Laufen bringen, damit es uns allen gut geht.

Guten Verlauf.

(Beifall bei der SPD – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Wo laufen Sie denn hin?)

**Vizepräsident in Claudia Roth:**

Vielen Dank, Mechthild Rawert.

(Martin Reichardt [AfD]: Back on Stage! Aber hat nicht so funktioniert!)

Letzter Redner in dieser Debatte: für die CDU/CSU-Fraktion Alexander Hoffmann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Alexander Hoffmann (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Pandemie wie die durch Covid-19 ausgelöste ist für uns alle eine Herausforderung. Ich glaube, fraktionsübergreifend müssen wir alle ein Ziel haben: Wir müssen die Menschen zusammenbringen, statt die Gesellschaft zu spalten. (D)

(Zuruf des Abg. Armin-Paulus Hampel [AfD])

Wenn ich aber Ihren Antrag lese, dann stelle ich fest, dass Sie genau Letzteres machen: Sie spalten. – Sie nehmen Ihre Ideologie, werfen ihr dann das Deckmäntelchen der Pandemiefolgenabfederung über und fordern dann völlig unverhältnismäßig und völlig überzogen Dinge, wie zum Beispiel keinerlei Zwangsräumung mehr – so steht es drin – und keine Kündigung von Wohnungen und Gewerbeimmobilien. Da muss ich sagen: Da bleiben Fragen offen.

Dann wundere ich mich über die Grünen, die im Ausschuss tatsächlich sagen: Dieser Antrag geht uns nicht weit genug. – Das sollte Ihnen zu denken geben. Wenn Sie irgendwann mal Regierungsbeteiligung in diesem Land anstreben, empfehle ich Ihnen ernstlich, sich mal mit Artikel 14 Grundgesetz – das betrifft das Eigentum – auseinanderzusetzen.

(Caren Lay [DIE LINKE]: Artikel 15 würde ich Ihnen empfehlen! – Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann reden wir über die SPD. Auch da – das muss ich ganz ehrlich sagen – kann ich mich nur wundern. Gehen wir doch mal in die Details. Keinerlei Zwangsräumung, Kollegin Rawert, haben Sie ja gerade gut gefunden. Das